

## PROTOKOLL

Ort: Haus Hottenstein, Wittener Str.  
Zeit: 18 bis ca. 20.30 Uhr  
Teilnehmerzahl: ca. 40 Personen

Betr.: IKEA Wuppertal

Hier: Frühzeitige Bürgerbeteiligung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan  
Nr. 1136 V „Dreigrenzen“ vom 19.04.2012 zum Thema „Umweltbelange“

Die Begrüßung erfolgte durch die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin von Oberbar-  
men, Frau Reese. Unter Hinweis auf die zwei vorangegangenen Veranstaltungen zu den  
Themen „Einzelhandel“ und „Verkehr“.

Herr Braun (Ressortleiter Bauen + Wohnen der Stadt Wuppertal) erläutert sodann das  
Bauleitplanverfahren im Allgemeinen, den derzeitigen Verfahrensstand und die noch zu  
erwartenden Verfahrens- und Beteiligungsschritte.

Im konkreten Fall beinhaltet die frühzeitige Beteiligung die 49. Änderung des FNP und die  
Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1136 V „Dreigrenzen“. Herr  
Braun erklärt zudem die planerischen Vorgaben, die sich aus dem rechtsverbindlichen  
GEP, dem FNP und dem Bebauungsplan Nr. 473 ergeben.

Frau Wendt und Herr Gohres erläutern die IKEA-Grundsätze im Allgemeinen und betonen,  
sich als Partner für die Stadt und die Einwohner zu verstehen.

Erläutert werden die Historie der Standortsuche in Wuppertal sowie Eckdaten am zu reali-  
sierenden Standort (Grundstücksgröße ca. 106.000 m<sup>2</sup>, Investitionsvolumen > 100 Mio. €,  
Baubeginn 2014, VK IKEA 25.500 m<sup>2</sup>, VK FMZ 21.400 m<sup>2</sup>).

Die Eröffnung sei für Ende 2014 geplant.

Das Kundenaufkommen wird zu 80% über die BAB A43/A46 und A1 erfolgen. Die Zufahrt  
erfolgt über die Schmiedestraße. Verkehrserleichterungsmaßnahmen im öffentlichen Stra-  
ßenraum sind notwendig.

Darüber hinaus soll der ÖPNV durch das IKEA-Kundenaufkommen gestärkt und dauerhaft  
gesichert werden.

Im Plangebiet werden ca. 300 Arbeitskräfte geschaffen.

Aufgezeigt werden zudem die Ergebnisse der FORSA-Umfrage, wonach 69% der Befrag-  
ten die Ansiedlung IKEA begrüßen.

Herr Schreiber (PGSJ) stellt daran anschließend den Stand der bisherigen Prüfung der Umweltbelange vor.

Erläutert wird, dass zu jedem Bauleitplanverfahren ein Umweltbericht gehört, der die Umweltauswirkungen des Planes gegenüber den Belangen der Schutzgüter: Wasser, Boden, Klima/ Luft, Arten und Biotope, Mensch, Stadtbild und Kultur- und Sachgüter prüfen soll.

Hierzu hätte bereits im Dezember 2011 ein Scopingtermin mit allen Fachbehörden stattgefunden, an dem Untersuchungsumfang und Untersuchungsräume abgestimmt wurden.

Anhand von Tabellen werden die Prüfinhalte für die einzelnen Schutzgüter im Einzelnen vorgestellt. Im Ergebnis sind für das Bauleitplanverfahren folgende Gutachten erforderlich:

- Bodengutachten
- Hydrologisches Gutachten
- Luftschadstoffgutachten
- Schalltechnische Untersuchung
- artenschutzrechtliches Gutachten
- landschaftspflegerischer Begleitplan
- Gutachten zum Macrozoobenthos

Zum Schutzgut „Boden“ werden erste Zwischenergebnisse des Bodengutachtens erläutert. Das Bodengutachten wird durch das Büro IGW aus Wuppertal erarbeitet. Der Gutachter hat ca. 30 Rammkernsondierungen und 3 Bohrungen auf dem Plangrundstück vorgenommen.

Festgestellt wurden Auffüllungen bis 4,00 m im Westen und Auf- und Abträge im Bereich der Fertighausausstellung von ca. 1,50 m. Unter den Aufschüttungen stehen schluffige Böden, darunter Steingemenge und Felsstein, an.

Zum Schutzgut „Wasser“ wurde ein hydrogeologisches Gutachten in Auftrag gegeben.

Dieses Gutachten wird durch Büro BGU aus Bielefeld erarbeitet. Es wurden keine ganzjährig fließenden Gewässer im Plangebiet gefunden. Innerhalb des Gebietes befindet sich eine Teichanlage, die Funktionen eines Regenrückhaltebeckens übernimmt, d. h. es gibt Einspeisungen von Oberflächenniederschlagswasser der Fertighausausstellung und einen Abfluss im Süden, der in die Meine fließt.

Weiterhin existieren 2 Tümpel westlich des Teiches, die über eine temporär wasserführende Mulde verbunden sind.

Quellen konnten weder in den Tümpeln noch im Teich festgestellt werden.

Darüber hinaus wurden die Gewässersohlen durch einen Biologen im Hinblick auf Lebewesen, die Indikatoren für Quellbereiche sind, untersucht.

Im Plangebiet konnten keine Zeigertierarten festgestellt werden.

Über das Plangebiet hinaus wurden weitere Bäche (Erlenroder Siefen Nr. 1 – 3 und die Meine) untersucht.

Allein im Erlenroder Siefen Nr. 2, östlich der Hochspannungseileitung im Kämpersbusch, wurden die meisten Zeigerarten für Quellwasser (Höhlenkrebse) gefunden.

Die Untersuchungen zum Macrozoobenthos, wie auch nach möglichen Quellbereichen dauern noch an.

Zum Thema Artenschutz wurde das Büro für Freiraumplanung Liebert beauftragt. Der Untersuchungsumfang umfasst Amphibien, Reptilien, Fledermäuse, Vögel und Haselmaus.

Als erste Ergebnisse sind erwähnenswert, dass der Grünspecht und Buntspecht sich sowohl mit mehreren Revieren im Erweiterungsraum als auch auf dem Plangrundstück befindet. Die Mäusebussard und der Schwarzspecht wurden im erweiterten Untersuchungsraum gesichtet, die Horste von Mäusebussarden in einer Entfernung von rd. 200 m südlich.

Bei den Fledermäusen wurden bisher nur Einzelnachweise über der großen Teichfläche festgestellt.

Die interessanteste Population stellt die Erdkröte mit rd. 200 – 300 Individuen dar. Des Weiteren Grasfrosch mit wenigen Exemplaren. Teichmolch, Bergmolch sind noch nicht festgestellt worden, Potential ist durch die Tümpel aber vorhanden. Direkt im Teich selbst gibt es Fischbesatz, vermutlich Karpfen und Stichlinge.

Die artenschutzrelevanten Kartierungen dauern noch, vermutlich bis September 2012.

Herr Graurock verweist darauf, dass sämtliche vorgestellten Unterlagen im Internet auf der Homepage der Stadt Wuppertal unter [www.wuppertal.de/wirtschaft-stadtentwicklung/planverfahren/bebauung/ikea\\_bauvorhaben.php](http://www.wuppertal.de/wirtschaft-stadtentwicklung/planverfahren/bebauung/ikea_bauvorhaben.php) ab Morgen einsehbar seien.

Frau Reese eröffnet die Diskussion. Es meldet sich ein Vertreter des BUND und weist auf Probleme mit den Amphibien bei Verlust derer Laichgewässer im Plangebiet hin.

Es gäbe keine ausreichend großen Gewässer zur Aufnahme der verdrängten Erdkrötenpopulation und generell stelle sich für ihn die Frage, ob der Standort für das Ansiedlungsvorhaben im Hinblick auf die zu erwartenden Umweltprobleme überhaupt realisierbar sei.

Herr Braun gibt zu Bedenken, man sei noch am Anfang des Verfahrens und übergibt das Wort dem Artenschutzgutachter Herrn Liebert.

Herr Liebert berichtet von guten Erfahrungen bei der Umsiedlung von Erdkröten in neu angelegten Feuchtbiotopen.

Darüber hinaus weist Herr Liebert darauf hin, dass nicht alle Amphibienarten auch planungsrelevante Tierarten seien. Gleichwohl gelte das Tötungsverbot für alle Tiere.

Herr Gohres ergänzt unter Hinweis auf das Baukonzept auf dem Grundstück und die geplante komprimierte Bauweise der Stellplätze in einem Parkdeck sowie im Bereich der Regalierung, der Lagerhaltung sowie geplanter Grünanlagen im Grundstücksrandbereich.

Eine Anwohnerin (Stadtverordnete der Grünen) bemerkt, dass die Gutachten ja noch nicht fertig seien, bereits aber jetzt die Entwässerungskonzeption erläutert werden sollte. Dies auch vor dem Hintergrund der topographischen Lage und der geplanten Waldumwandlung auf ca. 0,6 ha.

Herr Schreiber erläutert, dass eine Versickerung von Niederschlagswasser wegen des wasserundurchlässigen Baugrundes auszuschließen sei. Vielmehr ist das Wasser auf dem Grundstück zurückzuhalten und gedrosselt sowohl an die Kanalisation als auch an die Meine abzugeben.

Ein weiterer Anwohner hält den Untersuchungsraum für Feinstäube für zu klein gefasst.

Eine Anwohnerin aus Erlenrode spricht sich für den Erhalt der Teichanlage auf dem Gelände aus.

Frau Wendt entgegnet, dass der Teich mittig auf dem Grundstück nicht beibehalten werden könne, wohl aber ein Ersatzteich im südlichen Grundstücksbereich, auch zur Aufnahme von Niederschlagswasser.

Auf Nachfrage der Anwohnerin, ob der Teich belasten werden würde, wenn sich doch die Existenz von Quellen herausstellen sollte, erklärt Frau Wendt, dass nach den Ersteinschätzungen davon nicht auszugehen sei.

Der Vertreter des BUND meldet sich erneut und verweist auf das mögliche Vorkommen von Geburtshelferkröte, Kammmolch und Feuersalamander, welches zu untersuchen sei.

Darüber hinaus stelle sich die Frage, inwieweit die Niederschlagswasserableitung in die Meine überhaupt mit der europäischen Wasserrahmenrichtlinie zusammenpasst, da ein Verschlechterungsgebot für Gewässer ausgeschlossen werden müsse, die Meine aber im Unterlauf Bachschwinden aufweise.

Ferner führt der Vertreter des BUND an, dass Erdkröten in Wuppertal nicht umsiedelbar seien, sondern eher an Laichverhärtung sterben würden. Die Grünanlagen auf dem Grundstück seien denkbar ungeeignet zur Aufnahme von Ersatzgewässern.

Ein Anwohner fragt im Hinblick auf die geplante Reduzierung von Emissionen, ob tatsächlich 80 % der 2 Mio. IKEA-Besucher über die Autobahn anreisen würden.

Frau Wendt erläutert, dass sich die von ihr erwähnten Verkehrsreduzierungen allein auf die Wuppertaler Bewohner beziehen, da diese künftig kürzere Fahrwege hätten und nicht mehr nach Düsseldorf, Dortmund oder Essen führen.

Der Vertreter des BUND fragt nach der Belastung der Schmiedestraße und nach dem räumlichen Untersuchungsumfang der Luftschadstoffe.

Herr Schreiber erläutert noch einmal den geplanten Untersuchungsraum entsprechend den Ergebnissen des Scopingtermins. Die gesamte Wohnbebauung westlich der Schmiedestraße sei im Untersuchungsraum enthalten.

Der Vertreter des BUND führt an, auch das weiter südlich befindliche Stadtgebiet sei mit zu untersuchen.

Herr Schreiber stellt klar, dass eine derart weitgehende Untersuchung nur zweckmäßig sei, wenn eine künftige Durchlüftung sicher zu stellen sei, was im vorliegenden Fall aber nicht zu erwarten sei.

Eine Anwohnerin fragt, worauf sich die erwähnten Entlastungen anderer IKEA Standorte, wie Essen, Düsseldorf oder Dortmund beziehen.

Herr Gohres erläutert, die zu entlastenden Standorte hätten ihre Kapazitäten hinsichtlich Lagerkapazitäten und Verkaufsflächenerschöpfung sowie Kundenaufkommen erreicht. Die bestehenden Standorte würden durch einen Neustandort, also in vielerlei Hinsicht entlastet.

Eine weitere Anwohnerin bemängelt im Hinblick auf die vorgestellten Zwischenergebnisse zu den Umweltbelangen das ergebnisoffene Verfahren. Fledermäuse seien nur einzeln gesichtet und gerade die Quellbereiche seien stärker zu untersuchen. Die Anwohnerin übergibt hierzu eine Untersuchung des Büros Lana.plan, in Auftrag gegeben von „Leben Wuppertal-Nord e. V.“ aus Juni 2010.

Frau Wendt erläutert, die vorgestellten Gutachtenergebnisse stellen nur Zwischenergebnisse dar. Gerade Fledermäuse würden noch bis in den Sommer hinein untersucht.

Auch bei den Quellen hätte IKEA großes Interesse einer fundierten Recherche, um größtmögliche Planungssicherheit zu erlangen.

Die Anwohnerin verweist auf fontäneartige Wasseraustritte bei den kürzlich vorgenommenen Bohrungen des Büros IGW, was ja wohl auf Quellwasser deute. Es handele sich nicht um Oberflächenwasser.

Dr. Pulsfort vom Büro IGW bestätigt diese Wasseraustritte. Es handele sich jedoch nicht um Quellwasser, sondern um mitgebrachtes Spülwasser zum Bohren im Fels. Es seien auch Pegel zur Beobachtung von Grundwasser eingebracht werden.

Es sei Stauwasser bis 1,50 – 2,00 m Tiefe festgestellt worden, da der Untergrund wasserundurchlässig sei.

Bei 10 m tief eingebrachten Pegeln sei auch innerhalb von 2 Wochen noch kein Wiederanstieg von Wasser auf den ursprünglichen Stand festzustellen, woraus die geringe Ergiebigkeit des Felses ersichtlich wird.

Die Anwohnerin fragt ergänzend, inwieweit das Planungsvorhaben sich auch auf die Erlenroder Siefen im Süden auswirken könne, wenn großflächig Versiegelungen durchgeführt werden.

Dr. Pulsfort erläutert, dass der Eichenhofer Weg die Wasserscheide darstelle. Von der Geländetopographie dürfte den Erlenroder Siefen auch künftig ausreichend Wasser zu fließen.

Für den Meinebach stelle sich die Situation anders dar, die Entwässerung von Teilflächen in dem Bach wird aber noch geprüft.

Ein Bezirksvertreter der freien Wähler Wuppertal aus Oberbarmen erläutert sein vor 6 Jahren angedachtes Vorhaben zur Aufstauung von Wasserflächen zum Schutz von Amphibien im Unterlauf der Meine. Dieses Vorhaben sei ihm dann unter Strafanzeige verboten worden. Interessant für das heutige Bauvorhaben sei jedoch seine Erfahrung mit sintflutartigen Wassermengen von einigen 1.000 m<sup>3</sup>/h und im konkreten Fall, wie bei Schneeschmelze im Winter mit Salzwasser umgegangen würde.

Bei einer Ableitung in den Meinebach führe dies zu einer ökologischen Katastrophe.

Herr Gohres antwortet, dass die Verkehrsflächen grundsätzlich geräumt werden müssen, anfallendes Schmelzwasser aber nur durch entsprechende Vorbehandlung in die Meine abgeleitet werden wird. Im Übrigen ist auch die Einleitung von Teilflächen in die öffentliche Kanalisation geplant.

Ein Anwohner fragt nach der Möglichkeit eines 3-geschossigen Parkdecks, um so in den Waldbereich nicht eingreifen zu müssen.

Frau Wendt weist darauf hin, bei einer 3-geschossigen Parkdeckbebauung tiefer in den Untergrund bauen zu müssen, was an diesem Standort problematisch sei. Die Stellplatzsituation sei aber in der Öffentlichkeit immer schon 2-geschossig publiziert worden. Frau Wendt erläutert in diesem Zusammenhang noch einmal die Höhenlage der verschiedenen Parkebenen.

Eine Anwohnerin wendet sich direkt an Frau Wendt mit der Frage, inwieweit die Gebäudekomplexe ökologisch gestaltet werden.

Frau Wendt geht in diesem Zusammenhang auf die Prüfung des Einsatzes von erneuerbaren Energien (Holzpellets, Erdwärme) ein. Solarenergienutzung sei in Wuppertal allerdings nicht sinnvoll. Die Gestaltung soll in Wettbewerben/ Bürgerworkshops ausgearbeitet werden. Für Anregungen sei man dankbar.

Ein weiterer Anwohner stellt einen Vergleich mit einem großen Einkaufszentrum in Elbersfeld und integriertem Parkhaus her. Es sei unverständlich, warum dies nicht auch bei IKEA und dem FMZ möglich sei. Schließlich handele es sich um funktionale Baukörper, die ja noch begrünt werden könnten. Ferner vermisst der Redner den Hinweis auf das Mitte der 90er Jahre erarbeitete Klimagutachten und regt eine Dachbegrünung in diesem Zusammenhang an. Auch die Solarenergienutzung sei an diesem exponierten Standort durchaus vorstellbar.

Eine weitere Anwohnerin fragt danach, ob es denn nicht möglich sei, den Neubau analog zu dem Bauvorhaben IKEA HH-Altona anstelle einer Planung auf der „grünen Wiese“ vorzunehmen.

Herr Gohres verweist darauf, nicht auf der „grünen Wiese“, sondern in einem rechtskräftigen Gewerbegebiet zu planen. Die Innenstadtansiedlung befände sich auch bei IKEA weltweit noch in der Pilotphase für eine Metropolregion. Wuppertal sei mit 360.000 Einwohnern aber nicht mit der Metropolregion Hamburg vergleichbar.

Auf Nachfrage der Anwohnerin, ob in Hamburg auch ein Homepark entstehe, wird dies verneint.

Ein Anwohner berichtet von den positiven Erfahrungen mit seiner Photovoltaikanlage auf seinem Eigenheim in Erlenrode. An Frau Wendt gewandt, reklamiert der Redner die Unstimmigkeiten des Projektes, insbesondere die Einschätzung zur Solarenergienutzung.

Herr Gohres verweist auf 9 süddeutsche Standorte, an denen Photovoltaik genutzt wird und sichert eine weitergehende Untersuchung auch für Wuppertal zu, aber auch ein Blockheizkraftwerk sei denkbar.

Der nächste Anwohner doziert aus dem Kiotoprotokoll über die Schädlichkeit von Gasen, die aus Explosionen von KFZ-Motoren entstehen und auch von Pflanzen nicht aufgenommen und in Sauerstoff umgewandelt werden könnten.

Der Redner weist auf die Gefahren durch diese Art von Gasen auf Umwelt und menschliche Gesundheit hin und fragt, inwieweit die Anwohner aber insbesondere ein benachbarter Kindergarten, der im Abgasstrom läge, geschützt werden können.

Herr Gohres antwortet, dass hierzu ein Luftschadstoffgutachten in Auftrag gegeben würde.

Eine Anwohnerin erklärt, dass es eine Bürger AG-Genossenschaft zur Photovoltaiknutzung gäbe, die bereits das betroffene Plangebiet für geeignet halten würde.

Zum Standort selbst sei auszuführen, dass dieser noch sehr viele Hürden bürge, letztlich auch zum Thema „Einzelhandel“.

Darüber hinaus gäbe es die Verkehrsproblematik und hier hebt die Rednerin besonders die engen Straßenquerschnitte in näherer Umgebung hervor. Hinzu kämen die heute vorgestellten Umweltbelange.

Insgesamt scheine der Standort fraglich und es wird vor ihr auf das verfügbare Metrogelände als besser geeignet verwiesen, was zudem eine bessere Anbindung an den ÖPNV hätte.

Frau Wendt signalisiert, den angesprochenen Alternativstandort zu kennen, der jedoch für das Bauvorhaben flächenmäßig zu klein sei.

Die Rednerin erklärt, der Metrostandort hätte 55.000 m<sup>2</sup>. Bei 2-geschossiger Bebauung entspräche dies doch auch 110.000 m<sup>2</sup> Grundstücksgröße.

Eine weitere Rednerin kommt nochmals auf den Artenschutz zu sprechen und auf ein erwartetes ergebnisoffenes Verfahren. Sie hätte den Eindruck, die Gutachter hätten für alle Unwägbarkeiten des Grundstücks bereits Lösungen und sämtliche Eingriffe seien nicht so tragisch.

Dies gelte sowohl für den benachbarten Müsebusard, die Amphibien, die Fledermäuse, den alten Baumbestand, die Quellgebiete und die Topographie.

Herr Braun erklärt, dass sämtliche Belange im Verfahren behandelt werden müssen, dass dabei aber nichts wegdiskutiert werden soll, sondern alle Belange Berücksichtigung finden.

Zur möglichen Belassung des bestehenden Teiches ergänzt Herr Schreiber, dass technisch ein Erhalt möglich, dies aber nicht sinnvoll sei, da dieser keine ökologischen oder gestalterischen Funktionen aufgrund der einengenden Bebauung durch Möbelhäuser und Parkdeck hätte.

Die Rednerin fragt erneut, ob ein Erhalt des Teiches technisch machbar wäre, was von Frau Wendt als machbar, jedoch nicht sinnvoll beantwortet wird.

Eine weitere Sprecherin fragt, ob die Quelle des Meinebaches geprüft wird, was von Frau Wendt bejaht wird.

Ein Redner fragt, ob auch der Bau einer Tiefgarage möglich wäre.

Herr Gohres antwortet, dass eine Tiefgarage zwar möglich, aber auch sehr kostenintensiv sein würde und das geplante Parkdeck bereits Funktionen einer Tiefgarage übernehme.

Letztlich fragt eine Teilnehmerin, was mit dem heute geäußerten Anregungen geschähe.



Herr Braun erklärt, dass von den bisherigen 3 Veranstaltungen Niederschriften angefertigt und im weiteren Verfahren berücksichtigt werden.

Frau Reese schließt die Sitzung.

Aufgestellt:  
Münster, 10.07.2012

gez. W. Schreiber